

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Der Libanon – Geschichte eines multikonfessionellen Landes

Der Libanon mit seiner Hauptstadt Beirut grenzt im Süden an Israel, im Osten und Norden an Syrien. Prägendes Charakteristikum des arabischen Landes ist die **Vielfalt von Religionsgemeinschaften und Konfessionen**. Derzeit gibt es im Libanon 18 anerkannte Religionsgemeinschaften. Ca. 60 % der Bevölkerung gehören einer muslimischen Glaubensgemeinschaft an (ca. 30 % Schiiten, 23 % Sunniten und 7 % Drusen). Ungefähr 40 % der Libanesen bekennen sich zum Christentum (ca. 25 % christliche Maroniten, 15 % orthodoxe und orientalische Christen und andere).

Von 1517 bis 1918 war das Gebiet des heutigen Libanon Teil des Osmanischen Reiches. Nach Ende des Ersten Weltkrieges erhielt **Frankreich** für die Gebiete des heutigen Syrien und des Libanon ein Mandat des Völkerbundes. Am 1. September 1920 rief Frankreich den (Groß-) Libanon als Staat aus, der **1943 unabhängig** wurde. In der Verfassung vom 26.05.1926 wurde eine parlamentarische Republik mit einer starken Stellung des Präsidenten verankert. Durch Verfassung, Wahlgesetze und eines so genannten Nationalpaktes von 1943 wurde zur Aufteilung der Macht ein **an der Größe der Konfessionen orientiertes Proporz- und Quotensystem in Regierung, Parlament und Verwaltung** geschaffen. Der Proporz basierte auf der damaligen Größe der verschiedenen Religionsgemeinschaften mit einer geringen Mehrheit der christlichen Bewohner. **Staatspräsident** sollte stets ein **maronitischer Christ**, **Ministerpräsident** ein **sunnitischer Muslim** und **Parlamentspräsident** ein **schiitischer Muslim** sein. Die Parlamentsmandate wurden nach dem Schlüssel sechs zu fünf zwischen Christen und Muslimen aufgeteilt. Innenpolitischen Konflikten sollte damit vorgebeugt und ein **politisches Gleichgewicht zwischen den Religionsgemeinschaften** sichergestellt werden.

In den Jahren nach der Staatsgründung entwickelte sich der Libanon zu einem wichtigen Handelszentrum des Nahen Ostens. Verfolgten die maronitischen Staatspräsidenten eher eine dem Westen gegenüber aufgeschlossene Politik, so plädierten die muslimischen Ministerpräsidenten vor dem Hintergrund des **Aufkommens der arabischen Nationalbewegung** für einen stärkeren Schulterschluss mit den anderen arabischen Staaten, insbesondere im israelisch-arabischen Dauerkonflikt. Das **labile Gleichgewicht des Konfessionsproporz** verzeichnete im Mai 1958 erstmals größere Risse, als Auseinandersetzungen zwischen den politischen Lagern in einem **ersten Bürgerkrieg (09.05. - 14.10.1958)** kumulierten. Eine zusätzliche Belastung für die weitere innenpolitische Entwicklung bedeutete der stetige Zuzug palästinensischer Flüchtlinge sowie bewaffneter Kräfte der **PLO („Palestine Liberation Organization“)** seit Ende der 1960er Jahre. Letztere unternahmen vom Libanon aus gegen Israel gerichtete militärische Aktionen, die Vergeltungsschläge gegen den Libanon zur Folge hatten. Die **PLO** verlegte 1970 ihr Hauptquartier in den Libanon und entwickelte sich endgültig **zu einem bewaffneten Staat im Staate**, den die libanesischen Regierung nicht unter ihre Kontrolle zu bringen vermochte.

Innerhalb der libanesischen Bevölkerung verschoben sich durch Zuwanderung und höhere Geburtenziffern die Größenverhältnisse zugunsten der Muslime. Diese forderten größeren politischen Einfluss in Staat und Gesellschaft und sahen sich nicht mehr durch den alten politisch-religiösen Proporz angemessen repräsentiert. Die christlichen Führungseliten wollten ihre Mehrheitsstellung nicht preisgeben. Die Konflikte um die Verteilung der politischen Macht führte zusammen mit wirtschaftlichen und sozialen Krisen im April 1975 zum Ausbruch des **zweiten Bürgerkrieges im Libanon (1975-1990)**, der eine völlige **Desintegration des Staates** bewirkte. Im Bürgerkrieg kam es zu militärischen Auseinandersetzungen unterschiedlicher, auf konfessioneller Grundlage organisierter paramilitärischer Milizen. Standen sich anfangs verschiedene christliche Milizen der „**Liba-**

nesischen Front“ („**Forces Libanaises**“) und der „**Nationalen Bewegung**“ („**National Movement**“) aus muslimischen, palästinensischen und sozialistischen Kräften gegenüber, so bekämpften sich im Verlauf des Bürgerkrieges sogar anfängliche Bündnispartner. Zudem griffen andere Länder in den Krieg ein. Im Mai 1976 griff Syrien mit Soldaten in den Konflikt ein, ohne eine dauerhafte Befriedung der Situation erzielen zu können. In der Folgezeit etablierte sich **Syrien als hegemoniale Ordnungsmacht des Libanon**. Von März bis Juli 1978 drangen israelische Truppen in den Südlibanon vor, um die Stützpunkte der PLO anzugreifen. In diesem Zusammenhang kam es 1978 zur Entsendung der UN-Interimskräfte im Libanon **UNIFIL** („**United Nations Interim Force in Lebanon**“), die unter anderem Frieden und Stabilität in der Grenzregion wiederherstellen sollten. Die Invasion des Südlibanon einschließlich Beiruts durch Israel („**Libanon-Krieg**“) im **Juni 1982** zwang die Kämpfer der PLO zum **Abzug aus dem Libanon**. 1985 zog sich Israel auf eine schmale, in den südlichen Libanon hineinragende „**Sicherheitszone**“ zurück. Sie wurde im April 2000 aufgegeben. Zu einem weiteren Machtfaktor innerhalb des Libanon entwickelte sich in den 1980er Jahren die **radikal-schiitische Hizbullah** („**Partei Gottes**“). Sie hatte sich 1982 mit Unterstützung des Iran im Libanon gegründet und griff mit ihren paramilitärischen Einheiten im Süden in den Guerillakrieg mit Israel ein. Seit 1992 steht ihr **Sayid Hassan Nasrallah** vor. Die libanesisch Zentralregierung sah sich nicht in der Lage, die Hizbullah-Milizen zu entwaffnen und im Süden des Landes ihr Gewaltmonopol durchzusetzen. Mit dem (**Friedens-**) **Abkommen von Taif (Saudi-Arabien) vom 22.10.1989** einigte sich die Mehrheit der Bürgerkriegsparteien im Grundsatz auf eine **Rückkehr zum Proporzsystem**, allerdings mit Verschiebungen zu Gunsten der Muslime. Langfristig sollte das Parlament nicht mehr nach konfessionellem Proporz besetzt werden. Seit Taif müssen Kabinett und Parlament je zur Hälfte mit Christen und Muslimen besetzt sein. Das Parlament besteht seitdem aus 128 Mitgliedern, das Kabinett aus 24 Ressorts. Alle 18 Religionsgemeinschaften müssen berücksichtigt werden. Sein endgültiges Ende fand der Bürgerkrieg 1990. Innerhalb der Regierungen der Nachkriegszeit dominierten die prosyrischen Kräfte. Seit dem 24.11.1998 ist der **Maronit Émile Lahoud Staatspräsident**. Am 14.02.2005 wurde der ehemalige Ministerpräsident **Rafik Hariri** durch ein Attentat getötet. Die libanesisch Opposition macht Syrien hierfür verantwortlich. Das Attentat war Auslöser der „**Zedernrevolution**“, bei der auf Massendemonstrationen die syrische Präsenz im Libanon kritisiert, die volle Souveränität und freie Wahlen verlangt wurden. Im **April 2005** zogen sich die **syrischen Truppen nach fast 30 Jahren aus dem Libanon zurück**. Auch die prosyrische libanesisch Regierung trat zurück. Aus den **Parlamentswahlen im Mai/Juni 2005** ging ein antisyrisches Bündnis unter Führung von Saad al-Hariri als Sieger hervor. **Ministerpräsident** wurde im Juli 2005 der **sunnitische Muslim Fouad Siniora**. Erstmals beteiligte sich an der Regierung auch der – im Parlament vertretene - politische Flügel der Hizbullah mit zwei Ministern.

Am **12.07.2006** wurden **von der Hizbullah-Miliz** im israelisch-libanesischen Grenzgebiet **zwei israelische Soldaten entführt**. Daraufhin kam es zu israelischen Militäroperationen gegen die Hizbullah-Milizen im Libanon. Die Hizbullah-Miliz beschoss den Norden Israels mit Raketen. Bei **den bewaffneten Auseinandersetzungen** wurden die zivile Infrastruktur sowie die Zivilbevölkerung nicht zuletzt deswegen stark in Mitleidenschaft gezogen, weil die Hizbullah ihre militärische Infrastruktur in die zivile Infrastruktur des Libanon integriert. Am 11.08.2006 einigte sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf die **Resolution 1701** zur dauerhaften Befriedung der Region. Sie sieht unter anderem die Aufstockung der seit 1978 im Süden Libanons stationierten UNIFIL-Truppen von 2.000 auf bis zu 15.000 Soldaten mit erweitertem und „robustem“ Mandat vor. Die **Bundesmarine** soll sich mit **bis zu 2400 Soldaten** an dieser Uno-Friedenstruppe beteiligen und Waffenlieferungen an die Hizbullah unterbinden. Seit dem 14.08.2006 herrscht eine **Waffenruhe** zwischen den Konfliktparteien.

Quellen und Literatur:

- Asseburg, Muriel (2006). Internationale Truppe für den Libanon?, in: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.). SWP-Aktuell 35 (Juli 2006), S.1-4.
- Auswärtiges Amt (2006). Die Libanon-Krise, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/Nahost/Libanon.html>
- Hanf, Theodor (1990). Koexistenz im Krieg. Staatszerfall und Entstehen einer Nation im Libanon, Baden-Baden.
- Perthes, Volker (2003), Libanon: Stabilisierung durch Rekonstruktion des Staates, in: Ferdowski, Mir. A.; Matthies, Volker (Hrsg.). Den Frieden gewinnen. Zur Konsolidierung von Friedensprozessen in Nachkriegsgesellschaften, Bonn, S.94-117.